

ZBB 2007, 65

LugÜb Art. 1 Abs. 2 Nr. 2, Art. 5 Nr. 1, 3; ZPO § 22; InsO §§ 131, 135, 96 Abs. 1 Nr. 3; GmbHG §§ 30, 31, 32a, 32b

Zur internationalen Zuständigkeit für Kapitalersatzklage des Insolvenzverwalters einer deutschen GmbH gegen eine Gesellschafterin in der Schweiz

OLG München, Beschl. v. 27.07.2006 – 7 U 2287/06, ZIP 2006, 2402

Leitsätze:

- 1. Macht der Insolvenzverwalter gegen eine Gesellschafterin, die ihren Firmensitz in der Schweiz hat, Ansprüche auf Rückgewähr eigenkapitalersetzender Darlehen aus § 135 Nr. 2 InsO i. V. m. §§ 32a, 32b GmbHG geltend, so findet das Luganer Übereinkommen (LugÜb) gemäß Art. 1 Abs. 2 Nr. 2 LugÜb keine Anwendung, da es sich hierbei um Streitigkeiten handelt, die in engem und unmittelbarem Zusammenhang mit einem Konkursverfahren stehen.**
- 2. Die internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte ergibt sich für die geltend gemachten Ansprüche aus § 22 ZPO, dem besonderen Gerichtsstand der Mitgliedschaft an der Gesellschaft, die ihren Sitz in Deutschland hat, da maßgebliche Grundlage der Ansprüche die aus der Mitgliedschaft abzuleitende Kapitalaufbringungs- und Kapitalerhaltungspflicht des Gesellschafters ist.**
- 3. Ansprüche, die der Insolvenzverwalter als Partei kraft Amtes aus §§ 30, 31 GmbHG geltend macht, sind wegen ihrer Unabhängigkeit vom Insolvenzverfahren nicht als Konkursachen i. S. d. Art. 1 Abs. 2 LugÜb anzusehen, mit der Folge, dass die Normen des Luganer Übereinkommens anzuwenden sind. Die internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte für derartige Ansprüche leitet sich aus Art. 5 Nr. 1 LugÜb ab, da es sich um vertragliche Ansprüche handelt, für deren Entstehen ein Gesellschaftsvertrag zwingend Voraussetzung ist.**